

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
15.05.2019 BVV

BVV/024/VIII

Betreff: Geordnete städtebauliche Entwicklung nordöstlich des Bahnhofs Wilhelmsruh einleiten

Die BVV möge beschließen:

Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt, eine Neugestaltung der Fuß- und Radwegführung zwischen der Hertzstraße/Fontanestraße und dem planfestgestellten neuen Bahnhofsbereich Berlin-Wilhelmsruh der Niederbarnimer Eisenbahn AG (NEB) vorzunehmen. In diesem Zusammenhang ist es Ziel der BVV Pankow, eine geordnete städtebauliche Entwicklung sicherzustellen und für das Areal, welches im Flächennutzungsplan in diesem Bereich als allgemeines Wohngebiet vorgesehene ist, Baurecht zu schaffen.

Für diesen Zweck sieht die BVV Pankow in der Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich zwischen Hertzstraße, Fontanestraße, Kopenhagener Straße und dem planfestgestellten neuen NEB-Bahnhofsbereich Berlin-Wilhelmsruh das geeignete Planungsinstrument und ersucht das Bezirksamt um die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens.

Im Bebauungsplanverfahren soll auch ermittelt werden, ob und wie in der künftigen Bebauung die Stadtteilbibliothek Wilhelmsruh untergebracht werden kann.

Mit der NEB und ggf. weiteren Grundstückseigentümern ist zur Erarbeitung eines Bebauungsplanes ein städtebaulicher Vertrag abzuschließen.

Im Zuge der Erarbeitung des Bebauungsplanes ist darüber hinaus zu prüfen, ob (nachträglich) ein nördlicher Bahnsteigzugang zum S-Bahnsteig bzw. zum Bahnsteig der NEB geschaffen werden kann.

Berlin, den 07.05.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Mit der Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes ergeben sich vielfältige Verbesserungen im Mobilitätsangebot und auch städtebauliche Veränderungen im Bereich des Bahnhofs Wilhelmsruh. Diese haben auch Auswirkungen auf die Wegeverbindungen des Fuß- und Radverkehrs, insbesondere von und zum Bahnhof selbst. Deshalb sollen bei der erforderlichen Neugestaltung dieses Bereiches die Fuß- und Radwegeverbindungen neu angelegt werden. Dabei bietet es sich im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens an, für die vorhandenen Grundstücke zu prüfen wie für den überwiegenden Teil davon eine Nutzung als allgemeines Wohngebiet ermöglicht werden kann und welche Erschließung dafür erforderlich ist. Dabei können auch günstig gelegene (Werks-)Wohnungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NEB entstehen. Für eine Anwendung des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung ist deshalb der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages mit den Eigentümern bzw. Eigentümerinnen vorzunehmen.

In diesem Bebauungsplanverfahren kann darüber hinaus die Frage geklärt werden, ob an der Nordseite des Bahnhofs Wilhelmsruh ein zweiter Zugang erforderlich, technisch und baulich umsetzbar sowie mit einem vertretbaren finanziellen Aufwand realisierbar ist.

Antrag
Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
15.05.2019 BVV

BVV/024/VIII

Betreff: Amt für Chancengleichheit

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt Pankow von Berlin wird empfohlen, sich beim Senat dafür einzusetzen, die Liste zur Verfügung stehender Ämter um das Amt für Chancengleichheit zu erweitern. Hierzu soll das Bezirksverwaltungsgesetz und dessen Anlage zu § 37 Absatz 1 Satz 1 dahingehend geändert, und das Amt und seine Aufgabenstellungen mit aufgeführt werden.

Berlin, den 07.05.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Tannaz Falaknaz, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Ein Amt für Chancengleichheit nach dem Vorbild Heidelberg kann wesentliche Aspekte der Chancengleichheit wie etwa Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit für Zugewanderte, Teilhabegerechtigkeit am Arbeitsmarkt, Antidiskriminierung etc. vereinen und helfen, Chancengleichheit im Bezirk voranzutreiben. Die derzeitige Struktur im Bezirk wird der Größe der Aufgabe und den vielfältigen Herausforderungen der Chancengleichheit nicht gerecht. Eine Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung und die Erweiterung um dieses Amt könnte auch anderen Bezirken ermöglichen, dieses Amt in ihren Bezirken zu etablieren und die Chancengleichheit voranzutreiben.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

15.05.2019 BVV

BVV/024/VIII

**Betreff: Planungsziele für die Reaktivierung der Stammstrecke der
Heidekrautbahn****Die BVV möge beschließen:**

Die BVV Pankow befürwortet ausdrücklich eine zügige Abstimmung der eisenbahninfrastrukturellen Planungen zur Reaktivierung der Stammstrecke der „Heidekrautbahn“ und ersucht das Bezirksamt um eine prioritäre Begleitung und Unterstützung des gesamten Verfahrens.

- a. Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt, die Erstellung der notwendigen bezirklichen Planungen zur Begleitung der Planungen der NEB AG zur Reaktivierung der Stammstrecke der „Heidekrautbahn“ im Jahr 2019 zu gewährleisten. Hierzu gehören bspw. notwendige Planungen für P+R und B+R an den Bahnhöfen bzw. Haltepunkten, Netzverknüpfungen mit Bus und Straßenbahn sowie für die zu erhaltenden oder neu zu errichtenden Bahnübergänge.
- b. Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt, sich für eine durchgängige technische Sicherung der Bahnübergänge der NEB im Bereich Wilhelmsruh und Rosenthal auszusprechen. Hiermit soll ein Beitrag zur Verkehrssicherheit und zur Vermeidung von Lärmbelastigungen geleistet und insbesondere ein Verzicht auf das „Pfeifen“ der Züge an den Bahnübergängen möglich werden.
- c. Die BVV Pankow spricht sich dabei für die Sicherung und den Ausbau von Bahnübergängen der Stammstrecke in den Ortsteilen Wilhelmsruh und Rosenthal aus. Für die folgenden Querungsmöglichkeiten ist deshalb die Erhaltung oder ein gleichwertiger Ersatz gemäß der örtlichen Gegebenheiten Ziel der BVV Pankow:
 - Berliner Mauerweg (am S-Bahnhof Wilhelmsruh)
 - Hertzstraße: Fuß- und Radweg zur S-Bahn Wilhelmsruh
 - Lessingstraße
 - Lessingstraße: Fuß- und Radweg über die Gleisanlage zum Humboldtweg und als Verbindung ins Märkische Viertel
 - Wilhelmsruher Damm
 - Quickborner Straße

Das Bezirksamt wird ersucht, hierfür gemeinsam mit der NEB die planerischen Grundlagen zu ermitteln und bis Oktober 2019 in die Entwurfsplanung einzubringen.

- d. Der Bezirk Pankow soll sich gegenüber der Berliner Senatsverkehrsverwaltung dafür einsetzen, dass die nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz notwendigen Finanzierungsmittel durch das Land Berlin bereitgestellt werden.

Berlin, den 07.05.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Entsprechend des BVV Beschlusses VIII-456 unterstützt die BVV Pankow die Wiederbelebung der Heidekrautbahn-Stammstrecke und ihre Bestellung des Regionalbahnbetriebes durch die Senatsverwaltung Berlin und das Land Brandenburg. Die Wiederbelebung ist eine der wichtigen Maßnahmen, um gegenüber dem zunehmend belastenden PKW-Durchgangsverkehr durch Pankow eine Alternative zu bieten. Sie stellt einen vergleichsweise kurzfristig und preisgünstig möglichen Einstieg in die Mobilitätswende dar und ist zudem für die expandierende Bahnindustrie als Anschlussbahn von hoher Bedeutung. Eine darüberhinausgehende Heidekrautstammstrecken-Verlängerung nach Gesundbrunnen bleibt dabei das Ziel.

Am 29.04.2019 haben Vertreter der Niederbarnimer Eisenbahn AG der interessierten Öffentlichkeit den aktuellen Planungsstand zur Reaktivierung der Heidekrautbahn im Bereich Wilhelmsruh und Rosenthal vorgestellt. Dieser stieß auf breites Interesse und in vielen Punkten auch auf die Zustimmung der Anwesenden, die eine Anbindung der Ortsteile Wilhelmsruh und Rosenthal an das Berliner Umland mit öffentlichen Verkehrsmitteln ausdrücklich begrüßen und befürworten.

Im Rahmen des Terminplans wurden die nächsten Planungsschritte vorgestellt, die die Entwurfs- und Genehmigungsplanung für 2019 vorsehen. Dafür sind neben den notwendigen landschaftsplanerischen-, Lärm-, Schallschutz- und Erschütterungsgutachten auch die Ermittlung konkreter Ausbauerfordernisse voranzutreiben. Hierzu gehören vor allem auch die zu erarbeitenden Lösungen für die einzuplanenden Bahnübergänge.

Dabei ist z. B. im Bereich des Berliner Mauerwegs eine sinnvolle und vor allem für den Fuß- und Radverkehr sichere Anbindung an den Bahnhof Wilhelmsruh herzustellen und dauerhaft zu gewährleisten. Im Bereich Lessingstraße sind z. B. die Erreichbarkeit der dort gelegenen Kitas und Schulen durch einen Fußgängerüberweg zu sichern.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
15.05.2019 BVV

BVV/024/VIII

Betreff: **Bezirklicher Gleichstellungsplan**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow von Berlin wird ersucht, bis zur 37. BVV der VIII Wahlperiode am 9. Dezember 2020 einen Bezirklichen Gleichstellungsplan zu erarbeiten und vorzulegen. Der Plan hat zum Ziel, insbesondere Frauenförderung im verwaltungsexternen Bereich mitzudenken und konkrete Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 aufzulisten. Durch den Fokus auf den verwaltungsexternen Bereich hebt sich der Gleichstellungsplan von dem Frauenförderplan ab.

Berlin, den 07.05.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Tannaz Falaknaz, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Gleichstellungspläne sind mittlerweile ein gängiges Verfahren, um die Personalentwicklung in den Verwaltungen zu optimieren und unter gleichstellungspolitischen Aspekten auszurichten. So kann durch das Festhalten von Maßnahmen der Unterrepräsentanz von Frauen oder auch Männern in bestimmten Bereichen begegnet werden. Ebenfalls kann ein solcher Plan die Vereinbarkeit von Familie und Beruf befördern und ggf. Handlungsschwächen des Bezirks identifizieren. Hierzu hat das Bezirksamt Pankow wie alle verpflichtenden Einrichtungen der Berliner Verwaltung nach dem Landesgleichstellungsgesetz (LGG) einen Frauenförderplan umgesetzt. In dem Frauenförderplan sind konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern definiert wie etwa die Regelungen zu Stellenausschreibungen (§ 5 LGG), zu Auswahlverfahren (§ 6 LGG) oder die gesonderte Berücksichtigung von Frauen bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen. Doch es gilt, die Gleichstellung auch verwaltungsextern voranzutreiben. So können Informations- und Beratungsangebote, Veranstaltungen etc. geplant und genutzt werden, Gleichstellung voranzutreiben. Auch können Maßnahmen beschlossen werden, welche sich darauf konzentrieren, Netzwerke und Initiative zu unterstützen und Gleichstellung künftig in allen Bereichen des bezirklichen Handelns zu berücksichtigen.



Drucksache - VIII-0840



Betreff: Fahrbibliothek für Pankows Norden
Status: öffentlich
Ursprung **aktuell**
Initiator: Fraktion der SPD Fraktion der SPD
Drucksache- Antrag Antrag
Art:
Beratungsfolge:

Drucksache

Beschlussvorschlag
Sachverhalt

Anlagen:
Antrag SPD 24. BVV am 15.05.19

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

15.05.2019 24. ordentliche Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Das Bezirksamt wird ersucht, verschiedene Möglichkeiten zum Einsatz einer Fahrbibliothek (Kooperation, Leihe oder Ankauf) zum Schließen bestehender Versorgungslücken in den nördlichen Bezirksregionen Blankenfelde, Niederschönhausen, Rosenthal und Französisch-Buchholz zu prüfen. Der Prüfbericht soll die damit jeweils verbundenen notwendigen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen auflisten sowie mögliche Haltepunkte und Ausstattungsstandards enthalten. Der Prüfbericht ist den Bezirksverordneten zur 25. BVV am **14.8.2019** vorzulegen.

Begründung:

Der Einsatz einer Fahrbibliothek ist Bestandteil des Maßnahmen- und Zeitplans für die Entwicklung der Pankower Bibliotheken (Drs. VII-0439), der der BVV am **5.6.2013** vorgelegt wurde. Entsprechend diesem Maßnahmen- und Zeitplan sollte die Einführung einer Fahrbibliothek im 3. Quartal 2013 geprüft werden. Dies ist bislang nicht erfolgt.

Legende

AU	Ausschuss	TO	Tagesordnung	DRS	Drucksache
BVV	Bezirksverordnetenversammlung	AM	Aktenmappe	DLE	Drucksachenlebenslauf
FR	Fraktion	NIE	Niederschrift	BES	Beschlüsse
KP	Kommunalpolitiker/in	NA	Auszug	REA	Realisierung
		AN	Anwesenheit	KA	Kleine Anfragen

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
15.05.2019 BVV

BVV/024/VIII

Betreff: Wirksame Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherheit in der Bizetstraße

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

- in der gesamten Bizetstraße die Verkehrszeichen (VZ) 136-10 „Kinder“ und VZ 274-53 „zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“ als Fahrbahnmarkierung aufzubringen.

Berlin, den 07.05.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Mike Szidat, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Bizetstraße wird bekanntermaßen übermäßig als Umgehung der Berliner Allee genutzt. Die angeordnete Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h ist mangels Kontrolldruckes nahezu wirkungslos, sämtliche bisherigen Maßnahmenvorschläge seitens der BVV zur Verkehrsberuhigung und Verringerung des Durchgangsverkehrs in diesem Wohngebiet wurden von der Verkehrslenkung (VLB) Berlin und/oder dem Bezirksamt abgelehnt, siehe u. a. Drs. VIII-0030 und VII-0696.

Die o.g. Verkehrszeichen auf der Fahrbahn sollen der nachweislich erhöhten Wahrnehmbarkeit dienen.

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
15.05.2019 BVV

BVV/024/VIII

Betreff: Regionale Vernetzung der Schulbibliotheken fördern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht,

1. den Ausbau der Schulbibliotheken als integralen Bestandteil der modernen Medienerziehung in Schulen voranzutreiben und die regionale Vernetzung der Schulbibliotheken Pankows unter der fachlichen Anleitung der Stadtbibliothek Pankow wesentlich zu verbessern. Im Rahmen der Gespräche, auch mit der zuständigen Senatsverwaltung, soll die Umsetzung der Vernetzung am Beispiel der Stadtbibliothek Frankfurt am Main geprüft werden.
2. vor dem Hintergrund der kommenden Schulneubaumaßnahmen, bei denen bekanntlich die Einrichtung weiterer Schulbibliotheken geplant ist, ist eine effektive und zielführende Zusammenarbeit zwischen Bezirksamt, Schulbibliotheken und Stadtbibliothek einzurichten). Um Bau, Einrichtung und Entwicklung der Schulbibliotheken in Pankow zu unterstützen, soll die Prüfung der Einrichtung einer schulbibliothekarischen Beratungs- und Vernetzungsstelle in der Stadtbibliothek erfolgen.
3. sich bei der zuständigen Senatsverwaltung für den Aufbau eines landesfinanzierten Kompetenzzentrums zur Entwicklung von Standards und zur Betreuung von Schulbibliotheken einzusetzen.

Berlin, den 07.05.2019

Einreicher: Fraktion der SPD
Anna H. Moreno, Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Es gibt bisher keine strukturierte Vernetzung der bestehenden Schulbibliotheken mit der Stadtbibliothek und untereinander. Gegenwärtig gibt es nach Auskunft des Bezirksamts nur im Einzelfall Kooperationen von bezirklichen Schulen mit Stadtbezirksbibliotheken, die sich vor allem auf Bibliotheksbesuche und Veranstaltungen zur Leseförderung für Klassen beziehen. Die Stadtbibliothek Pankow ist zwar Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Schulbibliotheken Berlin-Brandenburg e.V. (AGSBB e.V.) und befindet sich mit ihr und einzelnen Mitgliedsbibliotheken im fachlichen Austausch, eine bezirksspezifische Vernetzung besteht aber insoweit nicht.

Die im Rahmen der Kleinen Anfrage „KA-0453/VIII-Abschließende Beantwortung“ gelieferten Zahlen des Schul- und Sportamtes Pankow weisen 41 Schulbibliotheken im Bezirk Pankow aus. Für diese bestehenden und insbesondere für die neu entstehenden Schulbibliotheken im Rahmen von Schulneubaumaßnahmen, sollte eine stärkere Vernetzung und eine Kooperation mit Stadtbibliotheken, Buchhandlungen, und Autoreninnen im Bezirk angestrebt werden.

Zur Umsetzung, soll die Stadtbibliothek Frankfurt an Main, die unter anderem für die Integration von Dienstleistungen für Schulbibliotheken unter dem Dach der Stadtbibliothek zur Bibliothek des Jahres 2018 gewählt wurde, als best practise – Beispiel herangezogen werden. Die Dienstleistungen der Stadtbibliothek Frankfurt für Schulbibliotheken umfassen fachliche Beratung der Schulen zur Einrichtung von Bibliotheken, Fortbildung, Beratung und Mentoring für das Schulbibliothekspersonal der Schulen, Bereitstellung von methodischen Materialien, Bereitstellung eines elektronischen Katalogs und bibliothekarische Einarbeitung von Medien in den Katalog. Einige dieser Dienste sind im Land Berlin aufgrund seiner Größe und der Menge von regionalen Unterschieden sinnvollerweise auf bezirklicher Ebene zu organisieren, für andere wie die Bereitstellung eines Katalogs bietet sich eine zentrale Lösung auf Landesebene an.

In den Musterraumprogrammen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) ist grundsätzlich je ein Raum für eine Schulbibliothek vorgesehen. Bei Schulneubauten kommt das Musterraumprogramm zur Anwendung, d.h. eine Schulbibliothek wird mit gebaut, und somit die räumlichen Ressourcen geschaffen. Deren konkrete Nutzung und Ausgestaltung bedarf jedoch gemeinsamer Planung von Fachleuten unterschiedlicher Profession vor Ort. In bestehenden Schulen fehlen oft räumliche Kapazitäten. Hier können bei gemeinsamer Arbeit durch eine Vernetzungsstelle neue Ideen entstehen. Weiterhin reichen zu oft personelle sowie finanzielle Ressourcen der Schulbibliotheken nicht aus, um den Fortbestand und die Nutzung der Bibliothek als integralem Bestandteil der modernen Medienerziehung in Schulen sicherzustellen.

Der Umgang mit Büchern und anderen Medien ist wichtig für die Entwicklung von Fantasie und Kreativität der Kinder. Auch bietet die Schulbibliothek Möglichkeiten als alternativer Lernraum, Aktionsraum, Rückzugs- und Ruheraum, was gerade im Ganztagsbetrieb außerordentlich wichtig ist. Die Schulbibliothek ist darüber hinaus ein Ankerpunkt für die Öffnung der Schule in den Sozialraum, denn hier können bspw. auch Lesungen mit Oma und Opa stattfinden oder Eltern-Lesecken eingerichtet werden.

Erfolgversprechend sind Schulbibliotheken dennoch nur dann, wenn diese fest im Schulalltag etabliert sind und über ausreichende personelle, finanzielle und räumliche Ressourcen verfügen. Umsetzung einer Schulbibliothek sollte nicht abhängig von ehrenamtlichem Engagement und der Mittätigkeit eines Fördervereins sein, sondern davon mit allem Wohlwollen begleitet werden.

Große Anfrage

Fraktion der SPD

Beratungsfolge:

15.05.2019 BVV

BVV/024/VIII

Betreff: Wohnungsbau über Einzelhandelsflächen (EHF)

Das Bezirksamt wird um folgende Auskunft gebeten:

In der Presse wurde wiederholt berichtet über die Absicht großer Einzelhandelsketten, Grundstücke mit bestehenden EHF zusätzlich für Wohnungsbau zu nutzen, z.B. in der Pappelallee 45-53 in Prenzlauer Berg

1. Hat das Bezirksamt sich bisher mit dem Thema Wohnungsbau über EHF in Pankow befasst?
2. Verfügt das BA über eine Liste von
 - a) Einzelstandorten von EHF, die das BA zum Bebauen von Wohnungen für geeignet hält?
 - b) EHF, bei welchen das Grundstück den Einzelhandelsketten gehört?
3. Gibt es bereits einen Austausch zwischen den Einzelhandelsketten und dem BA Pankow hinsichtlich einer Wohnungsbauoffensive über den Einzelhandelsflächen? Wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang erfolgte der Austausch mit welchem Ergebnis? Wenn nein, gedenkt das BA, auf die Einzelhändler zuzugehen?
4. Wie schätzt das Bezirksamt die Möglichkeiten zur Errichtung von Wohnungen über EHF ein?
5. Wie schätzt das BA das Potenzial an gewonnenen Wohnungen durch die Überbauung der EHF ein?
6. Wie schätzt das BA die Möglichkeit zur Einrichtung von sozialen Einrichtungen (betreutes Jugendwohnen, Kitas) und Senior*innen- und Jugendfreizeiteinrichtungen ein?
7. Welche Alternativen und Möglichkeiten für einen vergleichbaren Bau und Zahl an Wohnungen sieht das Bezirksamt?
8. Hält das BA die Einrichtung eines runden Tisches und den Austausch mit anderen Bezirken zum Thema Wohnungsbau über EHF für sinnvoll? Wenn nein, warum nicht?

Berlin, den 07.05.2019

Einreicher: Fraktion der SPD

BV Tannaz Falaknaz

Beantwortung durch:

BzBm KuFiPers	BzStR StadtBü	BzStRin JugWiSo	BzStR SchulSportFMG	BzStR UmOrd

